

APRIL '18 / NR. 2

# RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



- › **THEMA: SPANGE NORD – NEIN** 3
- › **ABSTIMMUNGEN: DIE VORLAGEN FÜR DEN 10. JUNI 2018** 4
- › **AUSBLICK AUF DIE HERBSTABSTIMMUNGEN: HORNKUH-INITIATIVE, BILDUNGSINITATIVE** 8

## INHALT

<b>Thema</b>	
Spange Nord	3
<b>Bund</b>	
Geldspielgesetz	4
Vollgeld-Initiative	5
<b>Kanton</b>	
Kantonales Energiegesetz	6
Gesundheitsinitiative	7
<b>Ausblick Herbstabstimmungen</b>	
Hornkuh-Initiative	8
Bildungsinitiative	9
<b>Stadt Luzern</b>	
Aus dem Grossen Stadtrat	10
<b>Ortsgruppen</b>	12
<b>Junge Grüne</b>	
Gliich!	15
<b>Internes</b>	
Nationalrat Michael Töngi	18
Diverses	20
<b>Agenda/Parolen</b>	21

## IMPRESSUM

Rundbrief 2/18  
Informationsbulletin der  
Grünen des Kantons Luzern  
Redaktion: Geschäftsleitung Grüne  
Druck: SWS Medien AG Print  
Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch  
erscheint 4 x jährlich  
Auflage: 2400  
Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Partei Luzern  
Brüggligasse 9, Postfach 7359  
6004 Luzern  
Tel. 041 360 79 66  
Email: sekretariat@gruene-luzern.ch  
Web: www.gruene-luzern.ch  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Titelbild: Kampagne Spange Nord – Nein

## EDITORIAL

# MESSIAS AUF GRÜN - FEIERT SIE ALLE AB



In dieser Ausgabe des Rundbriefs entlassen wir Grünen unseren Nationalrat Louis Schelbert nach 12 Jahren aus seinem herausfordernden Amt als Nationalrat. Wir wagen dabei den Versuch, einen vollständigen Überblick und eine akkurate Würdigung von Louis' intensivem, politischen Schaffen während der letzten Jahrzehnten, zu geben.

Manche Lesende mögen denken «jetzt übertreibt ihr's aber mit den Dank- und Lobesliedern». Ja klar, als junge und kleine Partei fehlt uns zum Glück die Routine im Umgang mit solchen Übertritten. Wir wollen hier keinen ritualisierten Personenkult, sondern echte Wertschätzung zelebrieren.

Personenkult liegt uns Grünen ja gar nicht. Uns ist fundiertes, inhaltlich sattelfestes Arbeiten wichtig. Nicht Personen stehen bei uns im Zentrum, sondern die herausfordernden Fragen aus Ökologie, Gesellschaft und Politik im Allgemeinen. Unsere fundierten grünen Antworten sind uns wichtiger, als die Grünen PolitikerInnen, die sie geben. Ganz egal wer das Tor schießt: Das Team gewinnt.

Damit wir aber weiterhin Grüne PolitikerInnen nach langjährigem und eindrücklichen Schaffen verabschieden können, dürfen wir uns dem Personenkult nicht ganz verschliessen. In einer Zeit, in welcher die mediale Fixierung auf Personen sich immer mehr ausprägt, stehen Personen und ihre Ideale, Arbeit, Kompetenz immer mehr im Rampenlicht, während Parteien, Verbände vermehrt im Schatten bleiben. Starke und bekannte Grüne Persönlichkeiten transportieren unsere Inhalte und sind der Schlüssel, um unsere Arbeit wählerwirksam der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wir feiern Personen nicht auf Vorrat ab. Wir dürfen aber vermehrt mit Stolz und etwas lauterer Stimme die Leistung und Erfolge unserer aktiven Grünen MandatsträgerInnen betonen. Sie sind unsere Botschafter und präsentieren unsere Werte, Ideale, alles was wir mit grüner Politik in Verbindung bringen. «Schaut her was die schon alles erreicht haben, für uns Grüne.»

Irina Studhalter, Hannes Koch und Maurus Frey  
Präsidium Grüne Kanton Luzern

## SPANGE NORD

**SPANGE NORD: SO SCHAUT'S AUS.**

Mit der Veröffentlichung der Visualisierungen der Spange Nord und der folgenden ablehnenden Stellungnahme durch den Stadtrat hat das Strassenprojekt endlich die Aufmerksamkeit in der Luzerner Öffentlichkeit erlangt, welche es verdient.

Die mit dem Vorprojekt veröffentlichten abstrakten Projektskizzen des Kantons verbergen, was unsere Visualisierungen schonungslos aufzeigen: Hier wird eine mehrspurige Autobahn durch Wohnquartiere, Pausenplatz und Friedental mitten in die Stadt gezogen. Eine ebenso breite, neue Strassenbrücke über die Reuss, deren Brückenköpfe ebenfalls mitten in Wohnquartieren geplant sind, soll die andere Reussseite mit der Autobahn und dem Schlossberg verbinden.

**RETRO-AUTOBAHNPROJEKT AUS DEM LETZTEN JAHRHUNDERT**

Die anfängliche Berichterstattung über unsere Visualisierungen war reich an Konjunktiven: «Würden die Visualisierungen der Grünen zutreffen, so würde sich eine breite graue Walze von Fluhmühle bis Schlossberg ausbreiten.» Kurz darauf folgt die Bestätigung des Kantons: Die Dimensionen in den grünen Visualisierungen stimmen. Jetzt meint der Journalist einzig noch: «Die Strassen sind etwas gar grau» und der Kanton vermisst die Abbildung der städtebaulichen Massnahmen, welche mit dem Planungskredit ausgearbeitet werden und die Strasse quartierverträglich machen soll.

Dabei ist klar: Auch mit solchen Massnahmen bleibt nicht mehr viel an Lebensqualität in den betroffenen Quartieren. Wer 2018 ernsthaft Autobahnträume aus den 60er-Jahren realisieren will, ignoriert die verkehrspolitischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Die

städtische Verkehrspolitik mit Stärkung von Fuss- und Velowegen, Parkplatzbegrenzung, tieferen Geschwindigkeiten oder die Dosierung der Zufahrten zeigt mit sinkendem Verkehr erste Früchte und findet immer mehr Nachahmer in der Region. Eine neue Autobahnausfahrt mitten in die Stadt schafft mit massiv ausgehenden Verkehrsflächen dagegen sicher Mehrverkehr.

Die Ausgangslage für den Entscheid des Kantonsrats über den Planungskredit zur Spange Nord ist spannungsgeladen. Spielen Kantons- und Regierungsrat ein Powerplay gegen die Bevölkerung der Stadt? Es bleibt zu hoffen, dass sich das Präsidial-Motto von Guido Graf «Stadt und Land – metenand, förenand» nicht als inhaltsleeres, rezykliertes Olympia-Motto aus den 80er Jahren entpuppt und die ländliche Mehrheit der Stadt ein solches Projekt aufzuzwingen versucht.

**WER GEGEN DEN BYPASS IST, IST AUCH GEGEN DIE SPANGE NORD**

Leider gilt es als nicht mehr sicher, dass der Bund im Falle eines grünen Erfolges – also ohne Spange Nord – auf den Bypass verzichten würde. Hierfür ist zu viel Geld in der nationalen Strassenbaukasse. Für die gemeinsame Opposition gegen die Spange Nord und den Bypass brauchen wir also einen langen Atem und gute Verbündete bis weit in den Kanton hinaus. Wir Grünen bleiben dran und tragen den Widerstand gegen die widersinnigen Strassenbauten kräftig und über die Stadtgrenzen hinaus mit.

Der Kantonsrat entscheidet an seiner Session vom 8. und 15. Mai über den Planungskredit für die Spange Nord. Aktuelle Informationen im Web auf [gruene-luzern.ch](http://gruene-luzern.ch) und [spange-nord-nein.ch](http://spange-nord-nein.ch)



# NETZSPERREN – EIN ROTES TUCH?



Am 11. Juni wird über das Geldspielgesetz abgestimmt. In der Herbstsession vom Parlament verabschiedet, hat ein Bündnis von Jungfreisinnigen, Junger SVP, Jungen Grünliberalen und Jungen Grünen das Referendum dagegen gesammelt. Das Geldspielgesetz vereint das bisherige Lotteriegesetz und das bisherige Spielbankengesetz. Zudem wird Online-Glücksspiel nun gesetzlich geregelt. Zuvor bestand eine rechtliche Grauzone.

Die Kritikpunkte der Jungen Grünen am Geldspielgesetz sind folgende:

Mit dem neuen Geldspielgesetz wird die Prävention von Glücksspielsüchtigen kaum verbessert, eine wirkliche Vision für Spielerschutz fehlt. Dies wird auch von diversen Suchtverbänden kritisiert, beispielsweise «Sucht Schweiz». Das Geldspielgesetz schafft einen Freibetrag von einer Million Franken für die Lotteriegewinnsteuer. Darunter fallen rund 80 Prozent der Lotteriegewinne. Dies macht ein Steuerertragsminus von rund 67 Million Franken aus.

Das rote Tuch des Gesetzes sind die sogenannten Netzsperrern. Online-Glücksspiel darf mit dem neuen Gesetz nur von konzessionierten Schweizer Unternehmen angeboten werden. Ausländische Glücksspielseiten werden mittels einer DNS-Sperre geblockt. Diese bringen mehrere Probleme mit sich. Ohne zu tief ins Detail zu gehen: DNS-Sperren sind einfach zu umgehen. Süchtige Spieler halten sie nicht vom Spielen ab. Von Präventionsmassnahmen und Hilfe für Glücksspielsüchtige wären sie nicht betroffen, da sie sich abseits des Erlaubten bewegen. Sinnvolle Suchtpolitik sieht anders aus. Den Süchtigen muss geholfen werden, sie in die Illegalität zu treiben ist keine Lösung.

Netzsperrern werden mit sogenannten Backlists umgesetzt. Auf diesen werden alle zu sperrenden Webseiten eingetragen. Wo dieses System bereits angewandt wird, funktioniert es nur mangelhaft. In Grossbritannien sind Netzsperrern Realität. Viel zu viele Webseiten werden ohne ausreichende Begründung gesperrt. So war für eine Weile die Webseite der englischen Regierung nicht aufrufbar.

Aus diesen Gründen hat die Mitgliederversammlung der Grünen des Kantons Luzern ein «Nein» zum Geldspielgesetz beschlossen.

Linus Bürgi

**Bundesgesetz über Geldspiele  
(Geldspielgesetz)**

**NEIN**

# VOLLGELD – UNGENÜGENDE ANTWORT



Die Vollgeld-Initiative geht gemäss den Initianten Probleme an, die auch die Grünen lösen wollen. Doch bei näherer Betrachtung liefert sie nicht die erhofften Antworten.

Die Vollgeld-Initiative will, dass nur noch die Nationalbank Geld schöpfen kann. Heute tun dies auch die Banken. Rund 90 Prozent des Geldes, das heute im Umlauf ist, erschaffen die Banken in dem Moment, in welchem sie einen Kredit vergeben, und das Geld erlischt auch wieder mit der Rückzahlung des Kredits. Neu müssten sich die Banken die Mittel auf dem Markt beschaffen oder bei der Notenbank leihen. Die Initianten haben eine weit verbreitete Skepsis gegenüber spekulativ tätigen Banken aufgenommen. Sie werben mit ganz unterschiedlichen Argumenten für ihre Initiative und für die Grünen halten sie folgende Argumente parat: Die Geldmenge werde stark verkleinert, die Wirtschaft werde dadurch vom Wachstumszwang befreit und die Gefahr von Finanzblasen nehme stark ab. Das klingt in allen grünen Ohren wie Balsam, doch lohnt es sich genauer hinzuschauen, wenn ein Initiativkomitee für jede Partei ein anderes Argumentarium erstellt.

Ob bei einer Annahme der Initiative die Ziele auch erreicht würden, ist denn auch nicht klar. Weiterhin würden die Banken Kredite vergeben und nirgends ist festgehalten, dass diese dann in die «richtigen» Bereiche und nicht weiter in spekulative Anlagen fliessen würden. Auch die Initianten mussten zugeben, dass die Finanzkrise von 2008 auch mit Vollgeld möglich gewesen wäre. Gleichzeitig führte die Vollgeld-Initiative zu hohen Risiken: Nirgends ist dieses System bisher ausprobiert worden und die Auswirkungen sind unklar.

Die Nationalbank erhielte eine bedeutend stärkere Rolle – ihre Unabhängigkeit wäre nach dem Initiativtext erhalten, die Aufsicht aber nicht weiter geklärt. Welche Art der Geldpolitik die Nationalbank machen würde, steht auf einem anderen Blatt.

Die Probleme im Finanz- und Bankensektor wurden angegangen: Die Schweiz hat unter internationalem und innenpolitischem Druck eine Weissgeldstrategie entwickelt, dem automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden nach OECD-Regeln zugestimmt und «Too big to fail»-Regeln, eine Art Grossbankenregulierung, einführen müssen. Dieser Weg muss weiter beschritten werden: Die Grünen plädieren seit Jahren für höhere Eigenmittel und wollten auch die Einführung des Trennbankensystems prüfen, um die Risiken zu verkleinern. In diesem Sinne unterstützte die Grüne Fraktion auch einen Gegenvorschlag zur Initiative, um weitere Massnahmen jetzt umzusetzen. Leider wollte das Parlament davon nichts wissen.

An der kantonalen Mitgliederversammlung vom 27. März erhielt die Initiative einige Sympathien. Die Skepsis gegenüber den Banken ist gross, letztlich war aber die Skepsis gegenüber der Vollgeld-Initiative mit ihren unabsehbaren Risiken noch grösser. Die Grünen Kanton Luzern haben die Nein-Parole beschlossen.

Michael Töngi  
Nationalrat Grüne Luzern

**Volksinitiative «Für krisensicheres Geld»  
(Vollgeldinitiative)**

**NEIN**

# GELADEN IN DIE ZUKUNFT

Was lange währt, wird endlich (fast) gut. Bereits 2013 versuchte der Regierungsrat das kantonale Energiegesetz aus dem Jahre 1989 einer Totalrevision zu unterziehen. Damals scheiterte aber die Regierung im Parlament an einer «unheiligen Allianz» von Grünen, SP und SVP. Viele (auch Grüne) verstanden die Ablehnung der Grünen Fraktion nicht. Der Gesetzesentwurf der Regierung war aber so schwammig und wurde im Parlament von den Bürgerlichen nochmals bis zur Unkenntlichkeit verwässert, dass wir damals diesen Entwurf ablehnen mussten.

Das lange Warten hat sich indes gelohnt. In den letzten fünf Jahren hat sich im Energiebereich vieles verändert. 2017 hat das Schweizer Volk und auch die Luzerner Bevölkerung der Energiestrategie 2050 mit über 58,4 Prozent JA-Stimmen zugestimmt. Somit haben die Stimmberechtigten den Atomausstieg beschlossen und auch entschieden, dass der CO<sub>2</sub> – Ausstoss reduziert und mit der Energie sparsam und effizient umgegangen werden muss. Mit den MuKE 2014 (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) haben sich auch die Energiedirektoren der Kantone im Energiebereich für die Zukunft fit gemacht.

Dies mögen zwei Gründe dafür sein, dass auch unser Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor, Regierungsrat Robert Küng, zusammen mit der Dienststelle Energie und Umwelt nun ein zukunftsgerichtetes Energiegesetz vorlegt. Aus Grüner Sicht hätten wir uns zwar ein Gesetz gewünscht, das mutiger, noch konkreter und vor allem noch klimafreundlicher gewesen wäre. Aber dieser Entwurf ist wohl realpolitisch das momentan Machbare.

Erfreulich aus Grüner Sicht: Im Gesetz konnten die Begriffe 2000-Watt-Gesellschaft, wie auch die 1-Tonne-CO<sub>2</sub>-Gesellschaft als Ziel verankert werden. Letzter Begriff sagt etwas über die Qualität der Energieproduktion aus, ersterer über die Quantität des Pro-Kopf-Verbrauchs aus. Beide Begriffe sind in Kombination sehr wichtig.

Erfreulich auch, dass die Motion von Alain Greter aus dem Jahre 2008 endlich umgesetzt wird. Somit sind Heizungen im Freien nicht mehr erlaubt und das unnötige Verpuffen von wertvoller Energie durch Wärmepilze und dergleichen wird stark eingeschränkt.

Beim neuen Energiegesetz werden die Anforderungen für die Deckung des Wärmebedarfs bei Neubauten stark erhöht. Neubauten müssen so gebaut werden, dass ihr Bedarf für Heizung, Warmwasser, Lüftung und

Klimatisierung nahe bei Null liegen. Ebenso muss für Neubauten ein Gebäudeenergieausweis (GEAK), der die Energieeffizienz eines Gebäudes angibt, erstellt werden. Leider nur für Neubauten, denn unsere Forderung, dass auch für Altbauten ein solcher GEAK erstellt werden muss, fand im Parlament keine Mehrheit. Positiv zu werten ist die Tatsache, dass eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Gesetz verankert wurde. So muss in Bauten des Kantons und der Gemeinden bis im Jahr 2050 die Wärmeversorgung zu 100 Prozent ohne fossile Brennstoffe erzeugt werden, und der Stromverbrauch bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990 um 20 Prozent gesenkt werden.

Ein Antrag der Grünen, dass der Kanton für den Ersatz eines fossilen Wärmeerzeugers durch einen 100 Prozent erneuerbaren Wärmeerzeuger eine sogenannte Abwrackprämie einführt, fand keine Mehrheit. Ein grosses Manko des neuen Energiegesetzes ist auch die Tatsache, dass die Energieeffizienz in der Mobilität mit keiner Silbe erwähnt wird.

Heute fliessen jährlich rund 500 Millionen Franken für Energiezukaufe aus unserem Kanton ab. Die Wertschöpfung findet so im Ausland statt, anstatt unsere heimischen erneuerbaren Energien zu fördern. Das neue Energiegesetz wird im Kanton Investitionen auslösen, von denen unsere KMUs und auch unsere Holzwirtschaft profitieren werden. Beim Inkrafttreten dieses Gesetzes wird aber vor allem unsere Umwelt und unser Klima gewinnen.

Auch wenn das neue Energiegesetz Mängel aufweist, und die Grünen sich ein ambitionierteres Gesetz gewünscht hätten, muss diesem mit Überzeugung zugestimmt werden. Das Gesetz ist fortschrittlich und wird dazu führen, dass auch der Kanton Luzern seinen Teil zur Energiestrategie 2050 des Bundes beitragen kann.

Andreas Hofer  
Kantonsrat Grüne Luzern

**Kantonales Energiegesetz  
(Referendumsabstimmung)**



## GESUNDHEITSINITIATIVE

# INITIATIVE «FÜR EINE SICHERE GESUNDHEITSVERSORGUNG IM GANZEN KANTON LUZERN»



Die Gesundheitsinitiative ist eine von drei Initiativen, welche von der Luzerner Allianz für Lebensqualität Ende 2016 eingereicht wurden. Die Luzerner Allianz und damit auch wir Grünen bekämpfen die wiederkehrenden Abbaumassnahmen bei Bildung, Sozialem, Sicherheit und öffentlichem Verkehr, die ungerechten Kürzungen des Personalaufwands und setzen sich für eine in Zukunft gesicherte hohe Lebensqualität im Kanton Luzern ein.

## WAS WILL DIE GESUNDHEITSINITIATIVE

Die Initiative beinhaltet drei Hauptforderungen; die flächendeckende Spital- und Notfallversorgung, die gesetzliche Verankerung der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Spitals und die Sicherung der Versorgungsqualität.

## FLÄCHENDECKENDE SPITAL- UND NOTFALLVERSORGUNG

An der flächendeckenden Spital- und Notfallversorgung soll nicht gerüttelt werden, weshalb die Dezentralität der Standorte explizit im Gesetz aufgenommen werden soll. Damit wird eine fristgerechte und gut erreichbare Spital- und Notfallversorgung für alle Patientinnen und Patienten des Kantons Luzern weiterhin sichergestellt.

## ÖFFENTLICH-RECHTLICHE SPITALGRUNDVERSORGUNG

Die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt ist im Gesetz festzuhalten. Schon seit einiger Zeit wird über die Rechtsform der Spitäler und Psychiatrien diskutiert und die Regierung des Kantons Luzern ist der Meinung, dass die heutige Rechtsform ungeeignet für weitergehende Verbundlösungen über die Kantons-grenze hinweg ist und die Weiterentwicklung damit

behindert. Wir sehen keine signifikanten Vorteile in einer Änderung der Rechtsform und stehen hinter der öffentlich-rechtlichen Anstalt.

## SICHERUNG DER VERSORGUNGSQUALITÄT

Ausgebildetes Personal im Spital und der Psychiatrie zu finden, wird immer mehr zur Herausforderung. So beträgt die durchschnittliche Anstellungszeit des Fachpersonals zirka sieben Jahre. Um die Fachpersonen im Berufsleben halten zu können, ist es wichtig, dass sich diese laufend weiterbilden und weiterentwickeln können. Dazu sind die notwendigen Mittel bereitzustellen. Zudem soll der Kanton ein System zur Gewährleistung guter Qualität und einem guten Mix an Pflegepersonal sowie medizinischem und therapeutischem Personal erarbeiten. Für uns Grüne ist es wichtig, dass die optimale Leistung für Patientinnen und Patienten erbracht wird. Die Qualifikationen der Mitarbeitenden spielen hierbei eine wichtige Rolle. Um diese zu erfassen, eignet sich der Skill-Grade-Mix als sehr nützlicher Ansatz. Weiter besteht Handlungsbedarf bei der Mittelbereitstellung für die Versorgung vulnerabler (mehrfach- sowie psychisch erkrankter) Personen. In den letzten Sparjahren wurden die finanziellen Mittel in diesem Bereich immer wieder gekürzt. Die untere Grenze ist klar erreicht und hier darf kein weiterer Leistungsabbau vorgenommen werden.

Deshalb ja zur Initiative für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern!

Christina Reusser  
Kantonsrätin Grüne

**Volksinitiative**  
**«Für eine sichere Gesundheits-**  
**versorgung im Kanton Luzern»**



## VOLKSABSTIMMUNG ZUR HORNKUH-INITIATIVE

# JA ZUR WÜRDE DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZTIERE

**Im Herbst kommt die «Hornkuh-Initiative» zur Abstimmung. Sie will erreichen, dass weniger Nutztiere enthornt werden. Das ist eine sinnvolle Absicht.**

Mit fast 120'000 Unterschriften ist die eidgenössische «Hornkuh-Initiative» am 12. April 2016 komfortabel zustande gekommen. Sie verlangt wirtschaftlich lohnende Anreize für eine besonders naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft. Insbesondere soll die Haltung von Tieren mit Hörnern belohnt werden.

## HÖRNER GEHÖREN ZU DEN TIEREN

Hörner sind durchblutet und von Nerven durchzogen. Sie gehören zu Kühen und sie sind wichtig für das Sozialverhalten und die Kommunikation, aber auch für die Hygiene. Wie sehr das Horn zur Kuh gehört, zeigt die Werbung: Da tauchen praktisch nur Tiere mit Hörnern auf. Dies ist auch ein Indiz für die Akzeptanz in der Bevölkerung.

## BUNDESRAT GEGEN DIE INITIATIVE

Trotzdem sind Bundesrat und Parlamentsmehrheit dagegen. Das Halten horntragender Tiere sei ein unternehmerischer Entscheid. Das Enthornen beeinträchtigt das Tierwohl nicht sehr. Zudem gebe es verschiedene Ausprägungen des Tierwohls. Zu Beeinträchtigungen käme es mit mehr Anbindeställen, die mit der Initiative attraktiver würden. Schliesslich würden Hörner die Unfallgefahr erhöhen.

## SCHWACHE GEGENARGUMENTE

Tatsächlich gibt es verschiedene Aspekte des Tierwohls. Anbindeställe können es beeinträchtigen. Allerdings bestreiten die Initianten, dass die in Frage kommende Abgeltung zu mehr Anbindehaltung führe. Hörnertragende Tiere erforderten mehr Betreuung, was eine Abgeltung rechtfertige, der zusätzliche Aufwand werde durch einen Hörnerbeitrag aber niemals abgegolten. Bei den Unfällen wegen Hörnern widerspiegelt die Statistik laut Initianten das Argument nur beschränkt. Unfälle mit Tieren, die gegen Menschen treten oder die Menschen an die Wand drücken, seien viel häufiger. Davon sprechen Bundesrat und gegnerische Parlamentarier aber nicht.

## TÄUSCHUNGSVERSUCH DES BUNDESRATS

Einen Täuschungsversuch macht der Bundesrat mit dem Satz: «Es gibt keine Studien, die belegen, dass das Enthornen das Wohlergehen der Tiere unverhältnismässig beeinträchtigt.» Das trifft zu. Aber nur, weil es

kaum Untersuchungen über Auswirkungen gibt. Gäbe es sie, könnten sie das Gegenteil belegen. Die Motion Schelbert «Führt das Enthornen zu Phantomschmerzen?» wollte 2016 den Bundesrat beauftragen, solche Studien in Auftrag zu geben. Er lehnte sie mit Hinweis auf laufende Untersuchungen der Vetsuisse-Fakultät ab.

Diese wurden damals gerade gestartet. Nun gibt es (Zwischen-)Ergebnisse, doch der Bundesrat thematisiert sie nicht. Eigene Abklärungen bei der Fakultät zeigen, dass die Schmerzrelevanz des Enthornens schwierig zu bemessen ist. Man schätze sie als «gering» bis «mittel» ein, hiess es auf Anfrage. Das aber bedeutet: Wenn die Schmerzempfindlichkeit nicht gegen null tendiert, sind wir gemessen am Tierschutzrecht auf schwierigerem Terrain!

## EINGRIFF MIT SCHMERZFOLGEN

Die Vetsuisse-Fakultät sagte weiter, dass die Ergebnisse auf «chronische mechanische Hyperalgesien» deuten (= Schmerz). Es gebe individuelle Unterschiede. Man habe festgestellt, dass 40 Prozent der enthornten Tiere nach drei Monaten immer noch klare lokale Hyperalgesien aufwiesen. Eine Forscherin erklärte: «Wir wissen, dass ca. 30 Prozent der Menschen, die eine Chirurgie erlebt haben, chronische postoperative Schmerzen entwickeln, die bleiben.» Ihr Befund sei ähnlich. Die vollständige Publikation erfolge später.

## VERLETZUNG DES VORSORGEPRINZIPS

Das Vorsorgeprinzip würde Kenntnisse darüber verlangen, was das Entfernen der Hörner beim Vieh tatsächlich bewirkt. Doch das interessiert den Bundesrat nicht. Das ist unverständlich. Erst recht, weil er den Versuch, einen Gegenvorschlag auf gesetzlicher Ebene aufzustellen, leider mit Erfolg ebenfalls bekämpfte. So bleibt das Fazit: Ein Ja dient der Klärung der offenen Fragen und dient dem Wohl horntragender Tiere.

Louis Schelbert  
ehemaliger Nationalrat Grüne Luzern



**Volksabstimmung:  
Für die Würde der  
landwirtschaftlichen  
Nutztiere  
«Hornkuh-Initiative»**

**JA**

## BILDUNGSINITIATIVE

# DIE BILDUNGSQUALITÄT IM KANTON LUZERN IST NICHT SICHERGESTELLT

Die Politik der bürgerlichen Mehrheit im Kantonalen Parlament opfert seit zwei Jahren die Bildungsqualität der Sparpolitik. Eine Abbaurunde folgt der anderen bei den Leistungen und beim Personal in Bildungs- und Kulturbereichen. Und dadurch wurde der Kanton in vielen Bildungsbereichen zum Schlusslicht der Schweiz: durch massiven Leistungsabbau werden die fehlenden Einnahmen kompensiert.

**Die Anzahl der Kinder bzw. der Schülerinnen und Schüler steigt** insbesondere im Volksschulbereich. In den nächsten Jahren muss auf der Volksschule und somit auch auf der Sekundarschule II mit erheblich mehr Lernenden gerechnet werden. Dazu müssen genügend Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen für die Bildung und für das Lehrpersonal geschaffen werden. Im Vergleich zu diesem Bedarf wird seit 2016 der Personalaufwand gesenkt. 2018 werden zum Beispiel 76 Vollzeitstellen weniger im Bildungsbereich ausgewiesen. Der wichtigste Grund dafür ist die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung durch das Konsolidierungsprogramm (KP17).

**Die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung** um eine Lektion auf allen kantonalen Schulstufen und die Erhöhung der Sollarbeitszeit für das Verwaltungspersonal war ein massiver Eingriff. Bereits heute lassen sich bei den Lehrpersonen eine starke Frustration, höhere Fluktuation und eine Verschlechterung der Arbeitgeberattraktivität des Kantons bei den Stellenbesetzungen feststellen. Damit die Lehrpersonen weiterhin motiviert arbeiten können und die offenen Stellen im Bildungsbereich zeitgerecht besetzt werden können, braucht es eine sofortige Rückkehr zu einer normalen Arbeitszeit. Die Grünen im Kanton haben sich dafür mehrmals eingesetzt, aber keine Mehrheit gefunden.

**Die Hochschulen und die Universität Luzern** sind im Schweizervergleich unterfinanziert. Die Gründe dafür sind einerseits geringere Beiträge von Bund, Kanton und durch interkantonale Vereinbarungen **und andererseits die Kürzung der Trägerschaftsbeiträge** vom Kanton. Im Hochschulbereich sind dies ab 2018 jährlich um 6 Millionen Franken. Der **Interkantonale Kostenvergleich pro Studentin und Student** im Hochschulbereich für das Jahr 2015 zeigt, in welcher schlechter Finanzlage die Luzerner Hochschulen sind. Die Uni Luzern liegt in zwei Bereichen (Theologie und Sozialwissenschaften) und die Hochschule in fünf Bereichen (Architektur/Bau/Planung, Technik/IT, Design, Musik/Theater/Künste, Pädagog. Hochschule) deutlich unter dem CH-Durchschnitt. Ausserdem fehlt es teilweise auch an Räumlichkeiten.

Zusammengefasst haben die Hochschulen einen immensen Bedarf an Weiterentwicklung, damit sie in der Schweizer Bildungslandschaft konkurrenzfähig bleiben und gute Bildungsqualität anbieten können.

**Die kantonalen Freibeträge** für Stipendien wurden innerhalb von drei Jahren um 43 Prozent, von 13.3 auf 7.7 Millionen Franken, gekürzt. Der Kanton Luzern leistet nur die Hälfte des Mittelwerts aller Kantone (38. – 19.– CHF pro Einwohner). Ausserdem ist die Erhöhung der Schulgelder ein Dauerthema. Der Vorgang ist irritierend für die Studierenden und für die einkommensschwachen Familien.

**Die Brückenangebote und das 10. Schuljahr** werden laufend gestrafft und nehmen von Jahr zu Jahr weniger SchülerInnen auf. Für viele SchülerInnen ist damit der Lehrstellenfindungsprozess erschwert. Dies hat sicher auch dazu beigetragen, dass mittlerweile bis 25% der Lehrlinge ihre erste Ausbildung abbrechen und mühsam eine Alternative suchen müssen.

**Es gibt im Kanton einen Fachkräftemangel.** Diesem kann nur durch gute Anstellungsbedingungen und gut ausgebildete Fachkräfte begegnet werden. Hier stimmen die aktuellen Voraussetzungen nicht.

**Wie kann die Bildungsqualität im Kanton sichergestellt werden,** wenn die Ausbildungsbedingungen nicht verbessert und sichergestellt werden. Diesbezüglich lässt sich keine klare Strategie des Kantons beobachten, wie unter diesen Bedingungen langfristig Bildung optimal gefördert werden soll.

**Die Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern»,** die vermutlich im September zur Abstimmung kommt, bzw. deren Annahme wäre ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung einer guten Bildungsqualität im Kanton. Mit der Annahme der Initiative kann eine qualitativ hochstehende Bildung garantiert werden. Weder werden die Eltern der Kinder mit geringem Einkommen belastet, noch Jugendliche an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert. Ausserdem können verlässliche Rahmenbedingungen für eine gute Bildungsqualität regional und kommunal in der Verfassung verankert werden.

Ali R. Celik  
Kantonsrat Grüne Luzern



## AUS DEM GROSSEN STADTRAT

## AKTUELLES

## CARPARKIERUNG UND PARKHAUS MUSEGG

Die Allmend als Standort der neuen Carparkierungsidee beurteilen die Grünen als prüfenswert. Der Naherholungs- und Freizeitraum darf aber nicht durch weitere Bauten und Verkehr beeinträchtigt werden. Eine Weiterplanung erachten wir nur dann als sinnvoll, wenn gleichzeitig die wieder belebte Idee der Innenstadtparkhäuser aus der Planung gestrichen wird. Bleiben diese Grossprojekte nach der parlamentarischen Beratung weiterhin in Planung, werden wir Grüne sowohl die Parkhaus-Initiative, wie auch diesen «Alternativvorschlag» des Stadtrats klar ablehnen.

## BIODIVERSITÄT UND INVASIVE NEOPHYTEN

Die Artenvielfalt zu fördern und zu schützen ist ein wichtiger Beitrag für eine intakte Umwelt. Die Grünen sehen Handlungsbedarf im Umgang mit invasiven Neophyten. So findet man den verbreiteten Kirschlorbeer, welcher die einheimischen Arten in den Wäldern zurückdrängt, weiterhin auf öffentlichen Plätzen und in Parks der Stadt. Christian Hochstrasser will mit einer Interpellation erfahren, welche Massnahmen in der Stadt möglich wären.



Kirschlorbeer an der Villenstrasse in Luzern vor dem Nachbarhaus von «Gundula».

## VIER WOCHEN VATERSCHAFTSURLAUB

Dank einem im Februar überwiesenen Vorstoss von Grünen und SP gibt es in Zukunft vier statt wie bisher

zwei Wochen Vaterschaftsurlaub für Angestellte der Stadt Luzern. Offenbar überzeugte, dass die erste Zeit nach der Geburt besonders wichtig ist, damit die Kinderbetreuung gleichberechtigt organisiert werden kann. Die Gegner argumentierten mit den geschätzten Kosten von ca. CHF 40'000 pro Jahr (bei einem städtischen Gesamtbudget von rund CHF 630 Millionen).

## 21 KRITISCHE FRAGEN ZUR SPANGE NORD

Korintha Bärtsch forderte den Stadtrat in einer Interpellation mit 21 kritischen Fragen zur Spange Nord und der Hauptfrage, warum der Stadtrat weiterhin das System Bypass/Spange Nord unterstützt. Zwar stellt der Stadtrat Bedingungen, der Nutzen der Spange Nord für den Verkehr kann bisher kaum erklärt werden. Sie würde höchstens ermöglichen, zusätzlichen Verkehr auf der Autobahn zu schaffen, damit der Bund den Bypass-Ausbau der Autobahn auf die geplanten 10(!) Spuren rechtfertigen kann.



Akten aus dem Stadthaus müssen in Zukunft der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

TRANSPARENTER VERWALTUNG:  
ÖFFENTLICHKEITSPRINZIP KOMMT

Manchmal braucht es mehrere Anläufe. Nachdem in den letzten Jahren bereits Hans Stutz und Urban Frye erfolglos versucht haben, in der Stadt das Öffentlichkeitsprinzip einzuführen, ist eine Motion der Grünen im Februar nun einstimmig überwiesen worden. Nun

ist die Zeit offenbar reif für eine neue, offene Verwaltungskultur im Umgang mit Informationen, Behördenentscheiden und Gutachten. Die rechtliche Umsetzung wird zwar noch eine Weile dauern, ein transparenter, proaktiver Umgang wird aber hoffentlich schon vorher feststellbar sein.

### NEUER GEMEINDEVERBAND FÜR K5, NICHTWIEDEREINTRITT IN DEN VLG

Seit Ende 2014 ist die Stadt Luzern nicht mehr Mitglied des Gemeindeverbands VLG. Inzwischen gab es beim VLG einzelne kleinere Reformen. Weiterhin ist aber der Präsident des Verbandes gleichzeitig der CVP-Fraktionschef im Kantonsrat. Gemeinderäte im VLG-Vorstand, die gleichzeitig bürgerliche Kantonsräte in den wichtigen Kommissionen sind, blieben die Regel. Urbane und linke Anliegen haben im VLG kaum Gewicht. Korintha Bärtsch forderte in einem Postulat, einen alternativen Gemeindeverband der Agglogemeinden K5 zu gründen, während der Stadtrat einen Wiedereintritt in den VLG prüfen will. Bleibt der VLG weiterhin von undemokratischen Machtstrukturen geprägt, werden die Grünen einen Wiedereintritt in den VLG ablehnen.

Christian Hochstrasser  
Grossstadtrat Luzern



Die Notschlafstelle an der Gibraltarstrasse öffnet erst um 20 Uhr, vorher besteht vor allem im Winter eine Lücke bei der Infrastruktur für Leute auf der Gasse.



Für Kulturgüter wie die Franziskanerkirche fehlen diverse Notfallpläne für Brandfälle.

### IM MÄRZ EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER GRÜNE/JUNGE GRÜNE-FRAKTION

#### Kürzung der kantonalen Prämienverbilligung sozial auffangen

Motion von Katharina Hubacher

#### Wie geht die Luzerner Pensionskasse mit den Klimazielen um?

Interpellation von Korintha Bärtsch

#### Kompetente Ombudsstellen für alle Heime sicherstellen

Postulat von Christian Hochstrasser

#### Öffentliche Infrastruktur für die «Gasse» zwischen 17 – 20 Uhr

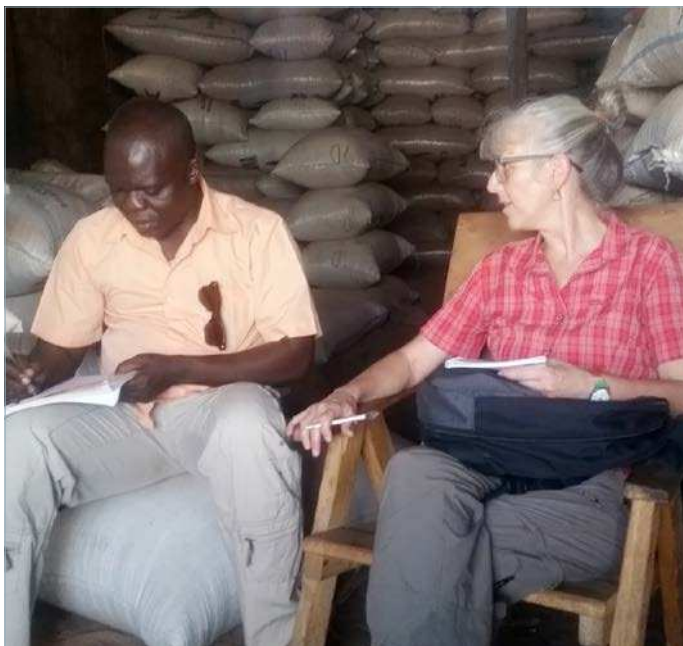
Postulat von Marco Müller

#### Feuer bei Kulturgütern: 100 Notfallpläne fehlen!

Postulat von Marco Müller

ERSATZWAHLEN GEMEINDERAT EMMEN AM 10. JUNI

# DIE CHANCE FÜR EINEN WECHSEL: MONIQUE FREY IST BEREIT



**Nach der Rücktrittsankündigung von Susanne Truttmann Anfang Jahr hat sich auch Urs Dickerhof entschlossen zurückzutreten. Somit sind zwei Sitze im Emmer Gemeinderat frei. Am 10. Juni finden die Ersatzwahlen statt. Nach einer engagierten Diskussion hat die Mitgliederversammlung der Grünen Emmen Monique für die Ersatzwahl nominiert. Sie ist die geeignete Kandidatin, die Wende in der Emmer Politik herbeizuführen. Neben Monique stellen sich von der SP Brahim Aakti und von der SVP Felix Müri zur Wahl. Schaffen wir es, zwei Linke in den Emmer Gemeinderat zu bringen? Wir Grüne sind bereit, diese historische Wahl mitzubestimmen.**

Die Gemeinde Emmen steht vor grossen Herausforderungen. Die kantonale Steuerpolitik und die jahrelange Schönung der Jahresabschlüsse durch Liegenschaftsverkäufe haben die Gemeinde in eine schwierige Situation gebracht. Die Infrastruktur der Gemeinde hinkt der nahezu unkontrollierten Siedlungsentwicklung hinterher. Prägende Themen in der Diskussion sind Geld und Bauen, die Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung spielen nur noch eine sekundäre Rolle. Dabei hat Emmen attraktive Naherholungsgebiete. Diese sollen mit gut gestalteten öffentlichen Räumen vernetzt werden, damit sie der Wohnqualität in den immer dichter besiedelten Quartieren dienen. Diese sind aber auch ein Standortfaktor für das lokale Gewerbe und die Unternehmen. Um die Aufenthaltsqualität weiter

zu verbessern, sollte ein intelligentes Verkehrsmanagement gefördert werden. Ein gut ausgebauter öV, sowie sichere Velo- und Fusswege bewältigen die steigenden Mobilitätsbedürfnisse, welche auch in Emmen durch die intensive Bautätigkeit der letzten Jahre entstanden sind. Doch damit die Infrastruktur wie Schulen, öV und Freizeitangebote von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden können, braucht es wieder Finanzen, die auf gesunden Beinen stehen. Die Lasten und Nutzen der Agglomerationsgemeinde Emmen sind nicht mehr ausgeglichen. Eine Analyse muss den Ursachen auf den Grund gehen, um Lösungen zu entwickeln, damit wieder in Projekte investiert werden kann, die für die Lebensqualität und die künftige Entwicklung von Emmen wichtig sind.

Mit den zwei Rücktritten im Gemeinderat auf Ende August ist also mitten in stürmischen und budgetlosen Zeiten eine Umbruchphase eingeläutet worden. Gefragt sind jetzt starke Persönlichkeiten mit klaren Standpunkten, die in der Lage sind, tragfähige und nachhaltige Lösungen für die verschiedensten Probleme zu schmieden. Im Vordergrund stehen gegenseitiger Respekt und sachorientierte Analysen, um gute Lösungen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Gemeinde zu schaffen. Dabei sollen auch die Bevölkerung, Unternehmen und Vereine miteinbezogen werden, welche oft mit viel ehrenamtlichem Engagement ein lebendiges und vielfältiges Angebot für Sport, Freizeit und Kultur anbieten. Es ist wichtig, dass die Gemeinde dieses Engagement anerkennt und unterstützt.

Monique ist prädestiniert für die Aufgabe im Gemeinderat. Als ehemalige Geschäftsführerin des VCS, Einwohnerin von Emmen und langjährige Kantonsrätin und Fraktionschefin der Grünen kennt sie das politische Geschäft und die Mechanismen aus verschiedensten Warten. Sie ist entscheidungsfreudig und gewohnt, aus einer klaren Position tragfähige Kompromisse zu erarbeiten. Mit ihrer Wahl kann zudem sichergestellt werden, dass die Hälfte der Bevöl-



kerung – die Frauen – weiter im Gemeinderat vertreten sind. Aus ihrer beruflichen Tätigkeit bei landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Caritas Schweiz ist sie sich gewohnt zu leiten, zu delegieren, zu motivieren und auch in hektischen Situationen den Überblick zu wahren. Und als langjähriges Mitglied der Erziehungs-, Bildungs-, und Kulturkommission ist sie aktuell und bestens vertraut mit der kantonalen und lokalen Bildungslandschaft und damit auch mit dem breiten Bildungsangebot und engagierten Lehrpersonen in

der Gemeinde Emmen. Als Berufsschul- und Weiterbildungsstandort und als Standort der Fachhochschule Design und Kunst muss das Innovationspotential noch besser genutzt werden. Denn ein gutes Bildungsangebot ist attraktiv für Familien, Jugendliche und junge Erwachsene, welche unsere zukünftigen Innovationsmotoren sind, auch für Emmen.

Luzius Hafen  
Kerngruppe Emmen, Wahlleitungsausschuss

## ORTSGRUPPE SURSEE

# BODENINITIATIVE: EINE GRÜNE ERFOLGSGESCHICHTE

**Nach Emmen, Luzern und Hochdorf lancierten auch die Grünen Sursee im Februar dieses Jahres die Bodeninitiative, um den Ausverkauf des städtischen Landes zu verhindern. Mit weit mehr als 300 Unterschriften wurde die Initiative am 24. April eingereicht.**

Vor ziemlich genau einem Jahr, als die Ortsgruppe Sursee daran war, sich neu aufzustellen, kam die Idee der Bodeninitiative für Sursee auf. Nach den Erfolgen in Emmen und Luzern schien der Zeitpunkt richtig, dieses wichtige Thema auch in Sursee aufzugreifen. Dank viel Vorarbeit durch Emmen und Luzern hatten wir den Initiativtext, mögliche Abstimmungsplakate und Argumentarien bereits in der Hand. Nun galt es allerdings, mögliche Partner\*innen zu finden und die Basis zum Sammeln zu motivieren. Die Unterstützung der SP und JUZO war uns schnell sicher, und sogar die Präsidenten der FDP und SVP Sursee zeigten Sympathien für unser Anliegen. Obwohl die jeweiligen Ortsparteien ihre Unterstützung dann doch nicht zusichern wollten, wurde uns dadurch etwas bewusst: Unsere Initiative könnte tatsächlich Chancen haben!

Dass wir mit unserer Initiative einen wunden Punkt trafen, zeigte sich auch im Verhalten der städtischen CVP: Noch während der Sammelfrist druckte die Surseer Woche eine Medienmitteilung der Parteileitung ab, in der sie den „Stimmberechtigten empfiehlt, die Initiative der Grünen nicht zu unterschreiben“. Für die sonst so sachorientierte Kommunalpolitik ist es doch ungewöhnlich, dass man die Leute dazu auffordert, unsere Initiative gar nicht erst zu unterschreiben. Auch der CVP-Stapi Beat Leu zeigte sein (mangelndes) Demokratie-Verständnis, als er am Tag der Lancierung gegenüber

von Tele 1 den Anschein erwecken liess, der Stadtrat würde diese Initiative ablehnen. Wohlgermerkt: Der Stadtrat hatte zum damaligen Zeitpunkt die Initiative noch nicht einmal besprochen, eine offizielle Position des Gremiums wird erst nach der Einreichung bezogen.

Auch wenn es verlockend gewesen wäre, diesen Unsportlichkeiten medial etwas entgegenzusetzen, liessen wir uns nicht dazu verleiten. Stattdessen konzentrierten wir uns darauf, die benötigten 300 Unterschriften zusammenzubringen. Hier überraschte uns die unglaubliche Sammel-Energie der Aktiven auf der Strasse, aber auch der Effort unzähliger Sympathisant\*innen, die bei Freundinnen, Verwandten und Nachbarn sammelten. Wenn dieser Text im Rundbrief erscheint, wird die Initiative mit dem Namen „Use Bode, Üsi Zuekonft“ in Sursee bereits eingereicht sein. Dann werden wir auch wissen, ob wir die magische Zahl von 500 Unterschriften noch knacken konnten. Eins ist allerdings jetzt schon klar: Wir werden gestärkt und voller Ehrgeiz in den Abstimmungskampf gehen, mit einem klaren Ziel vor Augen: Die Landreserven der Stadt Sursee endlich konsequent zu schützen.

Samuel Zbinden  
Präsident Grüne Sursee



## GRÜNE ADLIGENSWIL

**LUKAS N., WIR HELFEN IHNEN!**

Er hat das letzte Jahr mit Ärger abgeschlossen, Lukas Nussbaumer von der «Luzerner Zeitung», wie er uns in seiner Kolumne «55 Zeilen» am 18.12.2017 klagt. Schuld daran ist die Postautolinie 73 «Luzern – Adligenswil» nach dem letzten Fahrplanwechsel. Den neue Takt «Minute xx:09 und xx:39» von früh bis spät sowie in den Hauptzeiten viertelstündlich (xx:09/24/39/54) kann er sich nicht merken. Dass bei hohem Passagieraufkommen zusätzliche Postautos verkehren, ärgert ihn wohl mehr als es ihn freut, denn deren Abfahrtszeit müsste er in einem der Gratis-Fahrplänchen nachschauen. Und wie in allen Agglomerationen rund um die Welt gibt es nicht immer einen Sitzplatz für alle. Wir hoffen, Lukas Nussbaumer habe inzwischen seinen inneren Frieden wieder gefunden, sonst ist mit Schlimmem zu rechnen. Denn wie alle öV-Kritiker droht er, falls sich das alles nicht wieder so ändere, wie er es möchte, dass er dann ein ganz, ganz Böser werde: Zwischen Adligenswil und Maihof werde er mit seinem alten Opel wieder die Luft verpesten, dabei jeden Tag einen ganzen Liter Benzin verpuffen!

**STATT IM TAKT: STOSSSTANGE AN STOSSSTANGE**

Das möchten wir vermeiden und steuern darum ein paar konstruktive Überlegungen zum öV von und nach Adligenswil bei. Hauptproblem für einen optimalen Fahrplan ist unseres Erachtens die Überlagerung der Linien 26 und 73. Ein klarer Viertelstundentakt zwischen Dorf und Brüelstrasse (im Würzenbach) scheint nicht möglich. Zu Hauptzeiten gibt es immer wieder Stossstange-an-Stossstange-Fahrten, was niemandem nützt.

Unser Vorschlag: Zwischen Adligenswil und Brüelstrasse fährt nur noch das Postauto – mit Flügelstrecken zu den Ortsteilen Widspüel und Chliäbnet. Hier gilt ganztags ein präziser 15-Minuten-Takt, in Hauptzeiten ein 7,5er-Takt und in Randzeiten ein 20er-Takt. Mindestens zweimal stündlich verkehren die Postautos bis zum Bahnhof Luzern, einzelne Kurse können auch in der Brüelstrasse (w)enden – mit Umsteigen zu den Linien 6/8/14/24 oder zur S-Bahn.

Diesen Vorschlag haben wir kürzlich dem öV-Beauftragten von Adligenswil und den anderen Ortsparteien zur weiteren Diskussion zugeleitet.

Andreas Heggli  
Grüne Adligenswil

## GRÜNE HORW

**LUKAS BUCHER IST EINWOHNERRAT**

Lukas Bucher hat seine Arbeit als Einwohnerrat aufgenommen. Am 29. März 2018 wurde er an der Einwohner-ratssitzung in der Aula des neuen Oberstufenschulhauses Horw vereidigt. Das Engagement für die Grünen hat Lukas bei den jungen Grünen bereits vor Jahren begonnen. Er setzt sich für ökologische Mobilität, soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein. Wir wünschen ihm für das Amt als Einwohnerrat viel Erfolg und danken für sein Engagement.

# GLIICH!

## DIE NEUE KAMPAGNE

## DER JUNGEN GRÜNEN LUZERN

**Feminismus ist ein Schlagwort. Köpfe drehen sich, Ohren lauschen heimlich, Augen weiten sich und Münder stehen offen. Der Ausdruck Feminismus hat für viele einen negativen Beigeschmack. Radikalismus, Matriarchat, Emanze und viele weitere solcher Begriffe schnellen hoch. Ereignisse, Aussagen und Taten von früher prägen den Begriff bis heute. Doch was ist der Unterschied? Wie wird Feminismus heute gelebt?**

Viele Aspekte des Feminismus sind in der Schweiz bereits erreicht. Grundlegende Dinge, von denen Frauen in anderen Ländern – vor allem in anderen Kulturen – zurzeit nur träumen können. Trotzdem wird Tag für Tag weitergekämpft, denn am Ziel sind wir noch lange nicht. Ein prominentes Beispiel dafür sind die Lohnunterschiede. Für exakt dieselbe Arbeit auf derselben Hierarchiestufe im selben Unternehmen verdienen Frauen durchschnittlich 18% weniger als ihr Arbeitskollege. Sexismus kommt auch im Alltag vor, zum Beispiel in Werbungen oder durch Stereotypen. Vielen Menschen ist dies gar nicht bewusst. Andersrum gibt es auch Situationen, in denen Männer benachteiligt werden. Beweise dafür sind das Pensionsalter und die Dienstpflicht. Wie man sieht, gibt es viele Situationen, in denen ein Geschlecht benachteiligt wird.

Was die Ziele jedes Feministen und jeder Feministin sind, können und wollen wir nicht festlegen. Unser Ziel jedoch,

und so haben wir Feminismus für die Kampagne auch definiert, ist eine Einstellung und Bewegung zur Gleichstellung zwischen den Geschlechtern.

Wir sagen bewusst «zwischen den Geschlechtern» und nicht «zwischen Mann und Frau», da wir die Welt nicht als Binarität ansehen. Somit sind wir auch beim zweiten Hauptfokus unserer Kampagne angelangt, der Bewegung für Akzeptanz jegliches Geschlechts und jeglicher sexuellen Ausrichtung. Warum die Kombination von Feminismus und LGBTQIA\*, fragen sich sicherlich viele. Nun, für uns gehen die Ziele der Bewegungen in dieselbe Richtung und beim Brainstorming zu den Themen ist aufgefallen, dass sich unsere Umsetzungsideen grösstenteils überschneiden. Gleichstellung, Offenheit und Akzeptanz sind Visionen der Jungen Grünen.

Egal ob sich jemand als Mann, Frau oder weder noch bezeichnet, es sollen alle Personen dieselben Rechte und Pflichten haben. Egal welcher Sexualität oder welcher Geschlechtsidentität sich ein Mensch zugehörig fühlt, es soll niemand deswegen eingeschränkt leben müssen. Es soll ganz einfach «gliclich» sein.

Text: Michelle Meyer

\*Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex, Asexual.



## WORKSHOPS VON UND FÜR FRAUEN IN DER POLITIK

## FRAUEN MACHEN MOBIL

Der Auftakt ist gelungen! Über 150 Interessierte besuchten Ende März den Anlass «Frauen machen mobil» zum Thema «Verkehr in und um Luzern» des Netzwerkes Frauen Luzern – Politik. Es war spannend.

Bundesrätin Doris Leuthard eröffnete den Abend mit einem packenden Inputreferat. Mal kam ihre Aussagen den grünen Anliegen nahe, mal widersprachen sie den unseren. So rief die Bundesrätin zu weniger und bewussterer Mobilität auf – und formulierte pointiert: Wenn der Verkehr mehr nach dem Mobilitätsverhalten der Frauen funktionieren würde, so stünde der motorisierte Individualverkehr deutlich weniger im Stau!

Uneinig wären die Grünen mit Frau Leuthard beim Forcieren des Bypasses oder der kritischen Haltung zum Durchgangsbahnhof in Luzern.

Über diese Themen diskutierten im Anschluss vier engagierte Frauen. Korintha Bärtsch brillierte mit Fachkompetenz und gab den Takt vor.

Das Ziel des Anlasses, das Können der Polit-Frauen erlebbar machen, ist erreicht. Und schon geht's auf den nächsten Event zu: ein Workshop für und von Frauen mit dem Titel «Politik – nicht nur etwas für harte Kerle». Am 22. August 2018 werden Fragen, Herausforderungen und Beispiele mit erfahrenen Politikerinnen unverbindlich diskutiert und interessierte Frauen für die Politik motiviert. Das Ziel: mehr Frauen auf den Wahllisten für die kantonalen Wahlen!

Katharina Meile  
Mitglied Frauen Luzern – Politik



**POLITIK**  
- nicht nur etwas für harte Kerle

## Workshops von und für Frauen in der Politik

Interessiert Sie Politik? Sind Sie motiviert, sich und Ihre Meinung einzubringen? Sind Sie kritisch, ob ein politisches Engagement für Sie das Richtige ist? Unser Info- und Workshopabend bietet Ihnen die Möglichkeit, sich unverbindlich mit Frauen über Wege, Chancen und Engagement in der Politik auszutauschen.

Der Frauenanteil in den Schweizer Parlamenten stagniert. Haben die Frauen die Lust an der Politik verloren? Ist die Mehrfachbelastung Familie, Beruf und Politik ein Hindernis? Oder ist die heutige Art zu politisieren – ruppig und medial – für Frauen häufig eher abschreckend als anziehend?

Es geht auch anders! Darüber sprechen politisch erfahrene Frauen, zeigen Beispiele, bauen Vorurteile ab, nehmen Unsicherheiten auf und klären Fragen.

**22. August 2018**

18.00 Uhr – 21.00 Uhr Hochschule Luzern

### Programmablauf

- 18.00 Uhr - 18.10 Uhr Begrüssung

- 18.10 Uhr - 18.45 Uhr Einstiegsreferat „Frauen in der Politik“ von Yvonne Schärli, alt Regierungsrätin SP

- Zwei Workshoprunden

Ab 21.00 Uhr: Apéro

Nach einem Einstiegsreferat von Yvonne Schärli, alt Regierungsrätin SP über „Frauen in der Politik“ laden thematische Workshops zu Wissensaustausch und Diskussion ein. Die Teilnehmerinnen können zwei Workshops besuchen.



#### Workshop 1:

Chancen und Perspektiven – Möglichkeiten der Politik

Referentinnen: Ida Glanzmann, Nationalrätin CVP, und Priska Lorenz, alt Kantonsrätin SP



#### Workshop 2:

Persönliche Meinung und Kollegialitätsprinzip – Umgang mit Parteizugehörigkeit Referentinnen: Claudia Huser Barmettler, Kantonsrätin glp, und Erna Bieri-Hunkeler, Stadtpräsidentin Willisau



#### Workshop 3:

Ehregast und Shitstorm - Umgang mit Rampenlicht und öffentlicher Kritik Referentinnen: Irina Studhalter, Grossstadträtin Luzern Junge Grüne, und Inge Lichtsteiner, Kantonsrätin CVP



#### Workshop 4:

Familie, Beruf und Politik – Umgang mit verschiedenen Rollen Referentinnen: Katharina Meile, alt Kantonsrätin Grüne, und Vroni Thalman, Kantonsrätin SVP



Interessiert? Bitte anmelden bis 31. Juli 2018 unter [www.frauen-luzern-politik.ch](http://www.frauen-luzern-politik.ch). Die Teilnehmerinnenzahl ist beschränkt.

Für Spenden zur Deckung der Kosten danken wir Ihnen: CH37 0077 8206 0409 5200 1, Frauen Luzern Politik, Sonnenrassas 29, 6064 Greppen  
Organisation: Frauen Luzern Politik, [www.frauen-luzern-politik.ch](http://www.frauen-luzern-politik.ch), Claudia Bernasconi / Kantonsrätin, Ida Glanzmann / Nationalrätin, Claudia Huser / Kantonsrätin, Katharina Meile / alt Kantonsrätin, Marla Piletto / Grossstadträtin, Rosy Schmid / Kantonsrätin, Lisa Zanella / Kantonsrätin. Das überparteiliche Netzwerk aus allen Kantonsratsparteien setzt sich für mehr Frauen in der Luzerner Politik ein. Grafik: Judith Warsch / Grossstadträtin.

STATTKINO LUZERN

# DANS LE LIT DU RHÔNE

**16. Mai, 19.00 Film und Podiumsgespräch:  
Das Rhône- und das Reussprojekt im Vergleich.  
Mit der Regisseurin Mélanie Pitteloud,  
Urs Zehnder, Kanton Luzern  
Josef Schmidli, Gemeinderat Emmen,  
Urs Brütsch, WWF Zentralschweiz  
Moderation Urs Steiger**

20./21./27./31. Mai, 11.00, 3./9./10. Juni, 11.00

**DANS LE LIT DU RHÔNE**

von Mélanie Pitteloud, CH 2017, 88 Min., F/D/d

Die Rhone wird seit 150 Jahren in ein Korsett gezwängt und ihr Verlauf von Menschen beherrscht. Doch der Fluss meldet sich zurück! Infolge katastrophaler Überschwemmungen laufen gigantische Bauarbeiten, um das Flussbett zu vergrössern und zu revitalisieren.

Eine Entdeckungsreise in Begleitung der Bewohner, die unmittelbar mit dem Schicksal des Flusses verbunden sind – wie sehen die Menschen ihr Verhältnis zur Natur und Umwelt?



## WECHSEL KANTONS- UND NATIONALRAT

# VERABSCHIEDUNG MICHAEL TÖNGI UND BEGRÜSSUNG ALS NATIONALRAT



Michaels letzter Tag im Kantonsrat am 30. Januar 2018. Stolz hält er das Prunksiegel des Standes Luzern in der Hand, welches allen austretenden Kantonsräten für ihre geleisteten Dienste überreicht wird.

Am 12. März 2018 ist Michael Töngi im Nationalrat vereidigt worden. Sein Fanclub begleitete ihn auf dem Weg von Luzern nach Bern und verfolgte auf der Tribüne den wichtigen Akt. War er festlich? Nicht eigentlich. Da anschliessend die Fragestunde folgte, waren viele Stühle im 200-er Rat leer. Und für Michael folgte gleich eine intensive Woche. Einige Male wurde er bereits in den Medien als Noch-Generalsekretär des schweizerischen MieterInnenverbandes zitiert. Aber auch zur Thematik der Überwachung der Sozialhilfe- und IV-Empfänger konnte er Auskunft geben. Ich hoffe, seine Medienpräsenz bleibt so hoch. Damit verteidigen wir den grünen Nationalratssitz im Herbst 2019 ganz sicher. Wer regelmässig aus Michaels politischem Alltag lesen will, dem empfehle ich seinen Blog (<https://www.michael-toengi.ch/>), oder seine Facebook Seite (<https://www.facebook.com/michael.tongi>). Diese beiden Medien nutzt er auch bisher sehr intensiv. Er war das Sprachrohr unserer Fraktion im Kantonsrat.

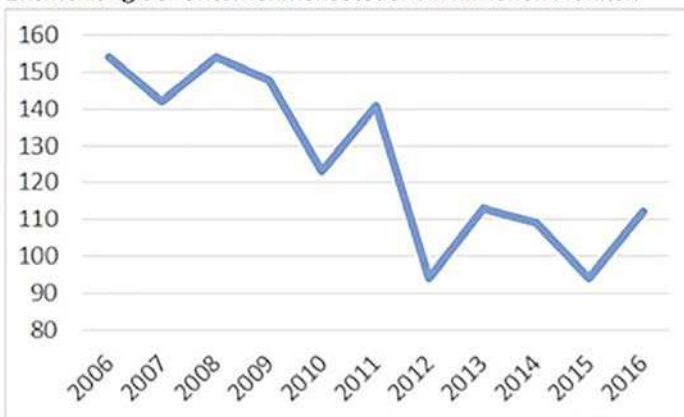
Michael ist 2007 als Kantonsrat des Amtes Luzern Land nachgerückt. Eigentlich ging es recht lange, bis Michael

im Kantonsrat landete, aber es war logisch. Als langjähriger Einwohnerrat und schliesslich Einwohnerratspräsident von Kriens, war seine politische Laufbahn zwar vorgezeichnet und traditionell, aber keineswegs langweilig. Neben seinen politischen Mandaten unterstützte er die Grünen als Sekretär und war bis 2008 zusammen mit Rosa Rumi Co-Präsident. In all diesen Jahren sammelte er viele Erfahrungen und konnte sie auch immer wieder im Vorstand einbringen und dies in einer sehr ermunternden und motivierenden Art. Er glaubt an den grünen Gedanken in dem Sinne, dass wir immer etwas verändern können und diese Schritte langsam und beständig miteinander weiter gehen sollen. Die «Ende mit Schrecken» Theorie verfolgte er nicht. Es missfiel ihm, zuerst etwas an die Wand zufahren, damit daraus wieder etwas Neues entstehen könnte. Übersetzt: er verweigerte sich nie, er lief nicht aus Rat, um nicht mitzugestalten und mitzuverantworten, um dann beim Crash wie der Phönix aus der Asche zu steigen und die Wahlen zu gewinnen. Einerseits war er überzeugt, dass man damit sehr viel zerstören würde und andererseits wir als Grüne, aber auch als Gesellschaft nichts gewinnen. Mitmachen im System und dieses zu bewegen, daraus zieht Michael auch nach vielen Frusts die Kraft, nicht aufzugeben und weiter zu kämpfen.

Michael vertrat unsere Fraktion bis 2015 für fast zwei Legislaturen in der VBK. In diese Zeit fallen neben den wiederkehrenden Strassenbauprogrammen auch der Umbau des Seetalplatzes und die aufsehenerregende Sondersession im Bahnhof Luzern, zu Gunsten des Planungskredites für den Durchgangstiefbahnhof. Michael begleitete diese beiden Abstimmungen nicht nur in der VBK, sondern auch als Vorstandsmitglied und später Präsident des VCS Luzern. Obwohl er verschiedene Vorstösse zur Vorfinanzierung des Durchgangstiefbahnhofes eingereicht hat, ist diese Frage immer noch nicht geklärt. «Michael nun bist du in der nationalrätlichen Verkehrskommission und kannst hier gleich positiv für den Kanton Luzern weibel. Was die Regierungsräte verschlafen, kannst du hoffentlich korrigieren». In allen Vorlagen der VBK war ihm der Einbezug des Velo- und Fussverkehrs sehr wichtig und er kämpfte für den Ausbau des öV. Schlussendlich müssen diese bereit sein, wenn wir die steigenden Mobilitätsbedürfnisse nachhaltig und umweltschonend befriedigen wollen. Was in der Stadt möglich ist (43% autolose Haushalte) muss auch in der Agglomeration angestrebt werden. Michael wird so als Mitglied des Initiativkomitees «vorwärts mit dem öffentlichen Verkehr» wieder einmal an vorderster Front dafür weibel.

So richtig heftig wurde es für Michael mit der Übernahme der PFK im 2015 (Planungs- und Finanzkommission). Die bürgerlichen Kantons- und Regierungsräte halten das Fähnchen der erfolgreichen Finanzpolitik immer noch hoch, doch die Rechnungen sprechen einen anderen Ton. Von Jahr zu Jahr werden die Prognosen der Steuereinnahmen der juristischen Personen nach unten korrigiert. Die Strategie geht nicht auf. Statt die Steuereinnahmen der juristischen Personen wieder auf dem gleichen Niveau wie vor der Gewinnsteuerhalbierung zu haben, nahm auf Grund der Steigerung des Ressourcenpotentials der Beitrag des Finanzausgleichs stark ab. Michael verfolgte dies Jahr für Jahr und hinterliess uns diese aussagenstarke Grafik:

Entwicklung der Unternehmenssteuern in Millionen Franken



PS: Am 23.3.2018 präsentierte der Regierungsrat die Rechnung 2017. Die Staatssteuern der juristischen Personen sind noch tiefer als im 2016!

Michael hat in dieser Zeit intensiv an der neuen Schuldenbremse mitgearbeitet. Seine Forderungen nach einer Überarbeitung des Steuergesetzes wurden aber immer wieder abgeschmettert. «Zuerst wirst du, Michael also im Nationalrat die SV 17 (Steuervorlage 17) beraten. Die finanziellen Verhältnisse beim Bund sind ja komfortabel. Da kommt sicher kein Heimweh auf, wenn du an den Kanton zurückdenkst, der wohl noch Jahre weiter unter der Finanzlücke ächzt. «

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge lassen wir Michael ziehen. Wir haben gerne mit ihm politisiert und werden dies nun auf Distanz weiterführen. Wir wünschen ihm alles Gute und viel Erfolg.

Monique Frey  
und die grüne Fraktion im Kantonsrat

— ANZEIGE —

**Mi, 16. Mai um 19 Uhr:**  
**Film & Podiumsgespräch**  
**DANS LE LIT DU RHÔNE**  
von Mélanie PITTELOUD

**ab 17. Mai**  
**PETIT PAYSAN**  
von Hubert CHARUEL  
[www.stattkino.ch](http://www.stattkino.ch)

**ab 17. Mai**  
**MADAME HYDE**  
von Serge BOZON

**24. Mai**  
**THE THIRD MURDER**  
von Hirokazu KORE-EDA

**ab 31. Mai**  
**LEAN ON PETE**  
von Andrew HAIGH

**ab 7. Juni**  
**THE HAPPY PRINCE**  
von Rupert EVERETT

**ab 14. Juni**  
**L'INTRUSA**  
von Leonardo DI COSTANZO

**ab 21. Juni**  
**UNA QUESTIONE PRIVATA**  
von Paolo & Vittorio TAVIANI

**ab 28. Juni**  
**LIEBE AUF SIBIRISCH**  
von Olga DELANE

**ab 5. Juli**  
**JEUNE FEMME**  
von Léonor SERRAILLE

**ab 6. Juli**  
**ANNE CLARK – I'LL WALK OUT INTO TOMORROW**  
von Claus WITHOPF

**stattkino**  
im Bourbaki Panorama Luzern  
Reservationen 041 410 30 60

**ab 26. Juli**  
**LOS PERROS**  
Marcela SAID

**s t a t t k i n o**

## WECHSEL IN DER BUCHHALTUNG

## VERABSCHIEDUNG BERNHARD CLALÜNA ALS BUCHHALTER GRÜNE KANTON LUZERN

Bernard Clalüna wurde an der GV 2010 neu in den Vorstand der kantonalen Grünen gewählt. Verdankeswerterweise hat er sich zur Verfügung gestellt, die Buchhaltung von Claudia Schnieper zu übernehmen. Er hatte als Revisor bereits einschlägige Erfahrungen mit unserem System. Dieses transferierte er erfolgreich auf die neue Buchhaltungssoftware Banana und damit in ein neues Zeitalter. Für mich war der Austausch mit Bernard genial. Dank langjähriger Erfahrungen kannte er das Fach aus dem Effeff und wir konnten viel von seinem Wissen profitieren. Bernard ergänzte unser Finanzteam, zu welchem auch Trudi Roversi gehört, welche als Kassierin amtiert. Über 8 Jahre waren diese Beiden ein Traumteam, ohne irgendwelche Beanstandungen. Unsere beiden RevisorInnen mussten sicher nichts bei der Buchführung beanstanden, eher bei der Budgetierungsgenauigkeit. Dies war wohl auch

die grosse Herausforderung für Bernard. Das Tagesgeschäft betrifft bei uns Grünen nur einen kleinen Teil der finanziellen Belange. Viele Ausgaben werden rund um Aktionen, Unterschriftensammlungen, Kampagnen und Wahlen getätigt. Bernard hat das Sekretariat gut eingefuchst, die Rechnungen zu prüfen und genau zu bezeichnen. Mit dem Einreihen der Zahlen in die vorgegebenen Buchhaltungskonten hat er Systematik in unseren oft unstrukturierten Politalltag gebracht. Unser Finanzsystem ist stabil – auch dank Bernards unermüdlichem Engagement. So kann er seinem Nachfolger eine tipptopp geführte Buchhaltung übergeben. Nun lassen wir Bernard ziehen zu neuen Ufern, u.a. in die Normandie, wo er und Monika ruhige Stunden geniessen. Für all die Arbeiten und Unterstützungen, welche Bernard über Jahrzehnte für die Grünen geleistet hat, möchte ich ihm herzlich danken.

## WECHSEL IN DER BUCHHALTUNG

## WILLKOMMEN LUKAS BUCHER ALS BUCHHALTER GRÜNE KANTON LUZERN

Erfolgreich hat der kantonale grüne Vorstand dem städtischen grünen Vorstand ihren Buchhalter Lukas Bucher abgeluchst. Er arbeitet bereits zusammen mit Bernard am Abschluss der Rechnung 2017. Mit dieser

Einführung wird er das Geschäft gut kennenlernen, um die Buchhaltung 2018 in Angriff zu nehmen. Viel Glück Lukas für deine neue Aufgabe und herzlichen Dank für dein Engagement.

## WECHSEL IM KANTONSRAT

## WILLKOMM HANNES KOCH ALS NEUER KANTONSRAT

Am 19. März war es soweit, Hannes hat am Montagmorgen im Kantonsrat den Eid geleistet und am Nachmittag bereits sein erstes Votum zu einem Vorstoss über die Sistierung von Zahlungserinnerungen beim Aufschlag von 1.50 Franken bei der Motorfahrzeugsteuer gehalten. Er ist ein Routinier, das war klar. Mit seiner Erfahrung im Einwohnerrat Horw fällt es ihm leicht, auch im Kantonsrat sicher aufzutreten und kompetente Voten zu halten. Doch die Aufgabe im Kantonspar-

lament ist heftiger. Er wird sich aber sicher schnell an die Abstimmungsergebnisse 23 : 97 gewöhnen. Hannes übernimmt die Verkehrs- und Baukommission und ist somit ab sofort für ein Kernthema der Grünen zuständig: Spange Nord. Als passionierter Velofahrer wird er hier die richtigen Akzente setzen.

Monique Frey  
Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin  
(alle Artikel auf dieser Seite)

# AGENDA



## MAI

16. Mai 2018, 19.00 Uhr  
Film und Gesprächspodium zum  
Renaturierungsprojekt der Reuss im Stattkino  
**Dans le lit du Rhône**

7. Mai 2018, 18.00 Uhr  
Creadrom, St.Karlistrasse 41 Luzern  
**Palaver – die Arbeitskraftunternehmerin**

22. Mai 2018  
**Jahresversammlung Grüne Kanton Luzern**

---

## JULI

3. Juli 2018  
**Mitgliederversammlung Grüne Kanton Luzern**

---

## AUGUST

22. August 2018, 18.00 Uhr  
Workshops von und für Frauen in der Politik  
**Politik – nicht nur etwas für harte Kerle**

---

## ALLE TERMINE

finden sich zudem auf unserer Website:  
[www.gruene-luzern.ch/?pg=55](http://www.gruene-luzern.ch/?pg=55)

---

# PAROLEN

## BUND

<b>Volksinitiative «Für krisensicheres Geld» (Vollgeldinitiative):</b>	<b>NEIN</b>
<b>Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz):</b>	<b>NEIN</b>

## STADT

<b>Kantonales Energiegesetz (Referendumsabstimmung):</b>	<b>JA</b>
<b>Volksinitiative «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern»:</b>	<b>JA</b>